

Inhaltsverzeichnis

2-6 DSW-Mitteilungen

- 2 Aktienkultur: Anteilseigner immer globaler
- 2 Experten-Tipp: Wie muss der Aufsichtsrat besetzt sein?
- 3 Dividendenstudie: Gewinnbeteiligung auf Allzeithoch
- 4 Deutsche Bank: DSW bringt Sonderprüfung aufs HV-Tableau
- 4 Riskante Ware aus dem Reich der Mitte
- 5 Anlegerbarometer: Wie Aktionäre investieren
- 6 HAC-Marktkommentar: Das EZB-Kaufprogramm wirkt
- 6 Kanadische Sammelklagen: Weitere Verfahren in Vorbereitung

7 Mittelstandsanleihen

- 7 Mittelstandsanleihen-Monitor
- 7 Insolvenz der FFK Environment

8-10 Aktivitäten der Landesverbände

- 8 Daniela Bergdolt: Rede auf der Hauptversammlung der Münchener Rück AG
- 8 Klaus Nieding: Rede auf der Hauptversammlung der Commerzbank AG
- 9 Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Rational AG
- 9 Singulus Technologies AG kündigt Debt to Equity Swap an
- 10 Nachrichtenlage für BWF-Anleger wird immer schlechter

11 Konjunkturmonitor

Deutsche Wirtschaft weiterhin Europas Zugpferd

12 Börsenmonitor

DAX auf Abwegen

13 Impressum

13 Veranstaltungen

14 Mitgliedsantrag

Spannende Zeiten



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Hauptversammlungssaison tobt. Nachdem die Aktionärstreffen von ThyssenKrupp, Siemens oder Infineon in den ersten Wochen des Jahres noch relativ unspektakulär abgelaufen sind, überschlagen sich derzeit die Nachrichten. Egal, ob der Machtkampf bei Volkswagen, die unsichere, aber durchaus spannende Zukunft der Energieversorger oder die Milliarden-Strafen bei der Deutschen Bank AG: Den Sprechern der DSW bietet sich auf den Hauptversammlungen genügend Stoff, um bohrende, vor allem aber sachdienliche Fragen zu stellen und weiterführende Antworten zu verlangen.

Besonders auffällig ist, dass die DSW-Vertreter auf den bisherigen Hauptversammlungen immer öfter bei den Abstimmungen mit „Nein“ votierten, um so ein klares Zeichen zu setzen oder zumindest einen Warnschuss abzugeben. Diese Linie wird die DSW auch weiter verfolgen und noch genauer hinschauen als bisher. Dabei werden wir uns auch nicht von den hohen Kursen, die oftmals allein durch das billige Geld in ungeahnte Regionen gestiegen sind, blenden lassen. Die DSW schaut auf das operative Geschäft und auf den operativen Erfolg. Auch von selbstkreierten Kennzahlen halten wir nicht viel. Am Ende zählt, was unter dem letzten Strich der Gewinn- und Verlustrechnung übrig bleibt – für die Aktionäre als Eigentümer.

Dass wir dieses Jahr noch genauer hinschauen und für die Eigentümer durchgreifen, wo es notwendig erscheint, zeigt unser Sonderprüfungsantrag, den wir als Ergänzungsverlangen mit Hilfe von vielen privaten und institutionellen Anlegern auf die Tagesordnung der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG haben setzen lassen. Die Resonanz aus der ganzen Welt auf unseren Antrag ist enorm. Sie können uns und unseren Antrag bei der Deutschen Bank ganz einfach unterstützen. Dafür ist es allein notwendig, dass Sie Ihre Stimmrechte – sofern Sie nicht selbst auf die Hauptversammlung gehen – auf die DSW übertragen. **Jede Stimme zählt! Weitere Informationen finden Sie auf www.dsw-info.de und hier im Newsletter auf Seite 4.**

Ihr Marc Tüngler

Aktienkultur: Anteilseigner immer globaler

Die Rekordjagd der DAX-Kurse hat ohne Frage viele Anleger erfreut. Doch gerade hierzulande dürften die stetig steigenden Börsenkurse für einige „Flüche“ bei Sparern gesorgt haben. Denn wenn man den jüngsten Analysen glaubt, dann beteiligen sich deutsche Anleger immer weniger an den großen Top-Unternehmen ihres Landes.

Stattdessen gehören die DAX-Tanker zu großen Teilen ausländischen Investoren. „Es ist sehr deprimierend, wenn man sieht, dass wir hierzulande unzählige internationale Top-Unternehmen und Weltmarktführer haben, deren Produkten die Menschen zwar kaufen, aber eben nicht deren Anteile“, so Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

In den Zahlen wird die ganze Misere deutlich. Insgesamt sind mehr als 61 Prozent der Anteile der DAX-30-Unternehmen in den Händen internationaler Investoren. Vor zehn Jahren waren es noch 45 Prozent. Adidas (90 Prozent), die Deutsche Börse (84 Prozent), Merck (84 Prozent) oder auch

Linde (80 Prozent) besitzen die höchsten Anteile internationaler Anleger am Kapital. Bei Beiersdorf (25 Prozent), Lufthansa (34 Prozent), ThyssenKrupp (38 Prozent) BMW und VW (je 40 Prozent) sind mehrheitlich noch heimische Investoren an Bord.

Bei Lufthansa ist es sogar ausgeschlossen, dass internationale Investoren die Mehrheit übernehmen – sonst würde die Airline gewisse Start- und Landrechte verlieren. Mit sogenannten „vinkulierten Namensaktien“ sorgt das Unternehmen dafür, dass es seinen Aktionärskreis immer genau kennt.

Nach DSW-Meinung wird sich das Bild erst wieder ändern, wenn die Politik den Wert der Aktienkultur einerseits für die private Altersvorsorge und andererseits für die Wirtschaft insgesamt erkennt. „Leider teilt die Politik nach wie vor unsere Überzeugung nicht, dass es sich bei Aktienanlegern um eine förderungswürdige Spezies handelt. Es gibt schließlich keine einfachere Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger am Erfolg der deutschen Wirtschaft zu beteiligen“, so Tüngler.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Wie muss der Aufsichtsrat besetzt sein?

Frage: Als Aktionär der Deutsche Börse AG verfolge ich mit großem Interesse die Diskussion über die „richtige“ Zusammensetzung des Aufsichtsrates. Dabei ist immer wieder von einem sogenannten Statusverfahren die Rede. Können Sie mir bitte erläutern, was es damit auf sich hat und was die jüngste Entscheidung des Landgerichts Frankfurt für den Aufsichtsrat der Deutschen Börse bedeutet?

Antwort: In einem aktienrechtlichen Statusverfahren prüft das jeweils zuständige Landgericht am Sitz der AG, ob der Aufsichtsrat unter den Aspekten der Mitbestimmung richtig zusammengesetzt ist. So gilt bei Kapitalgesellschaften wie der Deutsche Börse AG, dass der Aufsichtsrat bis zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern bestehen muss (Basis ist das Drittelbeteiligungsgesetz), wenn in der Regel mehr als 500 und bis zu 2.000 Arbeitnehmer im Unternehmen beschäftigt werden. Sofern regelmäßig mehr als 2.000 Arbeitnehmer beschäftigt werden, greift das Mitbestimmungsge-

setz und dann muss sich der Aufsichtsrat je zur Hälfte aus Anteilseignern- und Arbeitnehmervertretern zusammensetzen. Bisher wurden die Arbeitnehmer ausländischer Konzernunternehmen bei der Betrachtung außer Acht gelassen.

So beschäftigt die Deutsche Börse AG insgesamt circa 3.590 Arbeitnehmer im Konzern, davon allerdings nur 1.624 in Deutschland. Auf Antrag eines Aktionärs hat nun das Landgericht Frankfurt festgestellt, dass laut dem Drittelbeteiligungs- oder Mitbestimmungsgesetz nicht nur die Arbeitnehmer in Deutschland, sondern auch die Mitarbeiter im Ausland hinzuzurechnen sind. Infolgedessen ist der Aufsichtsrat der Deutschen Börse aktuell nicht richtig besetzt, da er nur aus einem Drittel Arbeitnehmer besteht. Diese Entscheidung des Landgerichtes Frankfurt weicht von der bisherigen Rechtsprechung ab. Sobald diese Entscheidung rechtskräftig wird, muss der Aufsichtsrat entsprechend neu zusammengesetzt werden. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Deutsche Börse zunächst Rechtsmittel einlegen wird.



Dividendenstudie: Gewinnbeteiligung auf Allzeithoch

Dividenden sind die neuen Zinsen! Dieser Vergleich hinkt aufgrund des mit Aktien verbundenen Risikos zwar etwas, doch die Analyse der Zahlen spricht durchaus für sich. Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2014 schütten die deutschen Unternehmen so hohe Dividenden aus wie niemals zuvor, dies ist die zentrale Botschaft der DSW-Dividendenstudie.

Bereits zum sechsten Mal hat die DSW die Dividendenstudie mit der FOM Hochschule für Ökonomie und Management durchgeführt. Analysiert wurden erneut die Gewinnausschüttungen aller im deutschen Aktienmarkt notierten Gesellschaften. Damit legen FOM und DSW auch in diesem Jahr eine der umfassendsten Dividendenanalysen vor. Laut der Studie zahlen die analysierten 616 Aktiengesellschaften ihren Anteilseignern in diesem Jahr eine Rekordsumme von 41,7 Milliarden Euro aus und schlagen damit auch die alte Bestmarke aus dem Jahr 2008 (38,2 Milliarden Euro) um 9,2 Prozent. Der Vorjahreswert wurde sogar um insgesamt 13,4 Prozent übertroffen. Rund 39 Milliarden der Gewinnausschüttungen entfallen auf Unternehmen, die im DAX, M-DAX, S-DAX und Tec-DAX gelistet sind. Den Rest steuern Prime- und General-Standard sowie Nebenwerte bei. Knapp zwei Drittel der Firmen in DAX, M-DAX, S-DAX und Tec-DAX geben mehr aus als im Jahr zuvor. „Aktuell wird die Renaissance der Dividenden zusätzlich durch die extrem niedrigen Zinsen befeuert“, erläutert DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

Das Gesamtplus der Ausschüttungen von 13,4 Prozent wird von einer positiven Entwicklung gespeist, die sich vor allem in den Dividendenzahlungen der Auswahl-Indizes widerspiegelt. Fast 10 Prozent mehr kehrten etwa die 30 DAX-Unternehmen an ihre Anteilseigner aus. Im M-DAX lag das Wachstum sogar bei 33 Prozent. Die S-DAX-Gesellschaften sattelten, im Vergleich zum Vorjahr, gut 20 Prozent bei den Dividenden drauf. Die Gewinnausschüttungen der im Tec-DAX notierten Unternehmen legten um 22,5 Prozent zu. Insgesamt wuchsen die Dividendenzahlungen damit zum fünften Mal in Folge zu. Den letzten Rückgang hatte es im Krisenjahr 2010 gegeben. Auch die Zahl der Dividendenzahler unter den Aktiengesellschaften ist mit über 350 AGs so hoch wie noch nie. Kleiner Wermutstropfen: „Leider lässt die Zahlungsmoral der Gesellschaften immer mehr nach, je weiter man sich von den Auswahl-Indizes entfernt. Rund die Hälfte der Nebenwerte blieb ihren Anteilseignern eine Dividende schuldig“, so Tüngler.

Weniger positiv fällt die Analyse der Gewinnbeteiligungen aus: Bei den Ausschüttungsquoten – also dem Anteil, den die Unternehmen von ihren Nettoerlösen als Dividende an ihre

Anteilseigner weiterreichen – bleiben trotz der insgesamt hohen Gesamtsumme selbst viele der Index-Unternehmen nach wie vor hinter den Erwartungen der DSW zurück. „Unserer Ansicht nach sollten in der Regel mindestens 50 Prozent des Gewinns an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Schließlich gilt es die Anteilseigner, die das Kapitalrisiko tragen, in angemessener Weise an dem Unternehmensgewinn zu beteiligen. Doch davon sind etliche Gesellschaften erneut ein ganzes Stück entfernt“, so Tüngler. 54,5 Prozent der Index-Unternehmen bleiben unterhalb der 50-Prozent-Ausschüttungsquote. Bei einem Viertel liegt die Quote sogar unter 33 Prozent. „Dass Unternehmen in liquiden Zeiten Mittel horten, ist zwar bis zu einem gewissen Grad verständlich, aber zu groß darf die



BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877–
 ISIN DE0005261606, WKN 526160

Einberufung der 135. ordentlichen Hauptversammlung

Sehr geehrte Aktionärinnen, sehr geehrte Aktionäre!

Die 135. ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft findet am **Mittwoch, 27. Mai 2015, 10.00 Uhr** im Congress Centrum Bremen, Hanse Saal, Bürgerweide, 28209 Bremen, statt.

Wir erlauben uns, Sie hierzu herzlich einzuladen.

TAGESORDNUNG

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des gebilligten Gruppenabschlusses, des Lageberichts sowie des Gruppenlageberichts einschließlich des erläuternden Berichts zu den Angaben nach § 289 Absatz 4 und 5, § 315 Absatz 4 des Handelsgesetzbuches jeweils zum 31. Dezember 2014 der BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877– und der BLG LOGISTICS sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2014
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014
5. Beschlussfassung über die Wahl des Abschlussprüfers und Gruppenabschlussprüfers
6. Beschlussfassung über die variable Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014: Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die variable Vergütung des Aufsichtsrats von insgesamt EUR 59.027,34 auf insgesamt EUR 76.641,09 zu erhöhen. Die vorgeschlagene Erhöhung neutralisiert die Auswirkungen der für das Geschäftsjahr 2014 veränderten Rechnungslegungsgrundsätze auf das EBT der BLG-Gruppe.

Der vollständige Wortlaut der Einberufung mit den Beschlussvorschlägen und Teilnahmebedingungen sowie weiteren Informationen wurde im Bundesanzeiger am 16. April 2015 veröffentlicht. Sie wird allen Aktionären zugesandt und kann auch nebst weiteren Unterlagen auf der Internetseite unter www.ir.blg.de im Bereich „IR-Kalender und Veranstaltungen“ unter „Hauptversammlung“ eingesehen werden.

Bremen, im April 2015

DER VORSTAND

Diskrepanz zwischen Gewinn- und Dividendenwachstum nicht werden. Schließlich wird mit der Dividende nicht zuletzt das Vertrauen der Anteilseigner entlohnt“, sagt der DSW-Mann.

Dabei ist die 50-Prozent-Quote nach Ansicht der DSW kein striktes Dogma. Bei Unternehmen in Wachstumsperioden ist man durchaus damit einverstanden, wenn über einen begrenzten Zeitraum nur 20-30 Prozent ausgeschüttet werden. Selbst ein Komplettausfall sei verkraftbar, wenn Wachstum finanziert werden muss. Doch das sollte Ausnahme und nicht Regel sein.

Deutsche Bank: DSW bringt Sonderprüfung aufs HV-Tableau

Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Deutschen Bank AG dürfte es spannend werden: Die DSW will es diesmal nämlich nicht beim Diskutieren belassen. „Unser klares Ziel ist es, auf der Hauptversammlung eine unabhängige Sonderprüfung durchzusetzen. Dafür sammeln wir jetzt so viele Stimmen wie möglich“, erklärt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

Einen ersten Teilerfolg und Schritt dahin kann die Anlegerschutzorganisation bereits verbuchen: Die Aktienanzahl, die notwendig ist, um einen entsprechenden Ergänzungsantrag auf die Tagesordnung der Hauptversammlung (HV) setzen zu können, hat die DSW binnen weniger Tage bereits mehr als erreicht. „Bisher sind bei der DSW rund 978.000 stimmberechtigte Aktien registriert worden. Für die Durchsetzung des Antrags hätten 200.000 gereicht. Wir sind zuversichtlich, bis zur Hauptversammlung noch weit aus mehr Aktien zur Unterstützung unseres Antrages zu erhalten“, erläutert DSW-Vizepräsident Klaus Nieding, der die HV der Bank als DSW-Sprecher besuchen wird. Um den Antrag auf die Einsetzung eines Sonderprüfers auf die Tagesordnung einer Hauptversammlung zu setzen, waren Stimmrechte von Aktien im Nennbetrag von 500.000 Euro (bei der Deutschen Bank AG entspricht das rund 200.000 Aktien) notwendig, die seit mindestens drei Monaten im Besitz der jeweiligen Anteilseigner sind.

Damit wird der Antrag auf Einsetzung eines unabhängigen Sonderprüfers in der Hauptversammlung am 21. Mai zur Abstimmung gestellt. Das freut auch DSW-Präsident Ulrich Hocker, und es zeigt seiner Meinung nach, die Relevanz, die der DSW-Antrag für Aktionäre hat: „Trotz der minimalen Vorlaufzeit ist es uns gelungen, die notwendige Aktienanzahl deutlich zu übertreffen. Dabei sind es sowohl private wie auch institutionelle Aktionäre, die unser Begehren unterstützen“, so Hocker. Zu klären gibt es aus Sicht der Anlegerschützer genug: Etwa die lange Liste an-

hängiger Rechtsverfahren, drohende Vergleichszahlungen in Milliardenhöhe oder kartellrechtliche Vorwürfe. Der externe Prüfer soll nach dem Willen der Anlegerschützer beispielsweise analysieren, ob die seitens der Bank gebildeten Rückstellungen mit Blick auf anhängige Rechtsverfahren und drohende Vergleichszahlungen in Milliardenhöhe ausreichend sind. Auch die Frage, ob die Risikokontrollsysteme der Bank mittlerweile so angepasst wurden, dass eine Wiederholung solcher Fälle wie etwa die Manipulation des Interbankenzinssatzes Libor unmöglich ist, will die DSW extern prüfen lassen.

Die Klärung der offenen Fragen ist für die Aktionäre von überragender Bedeutung: „Sollten etwa die Rückstellungen für Strafzahlungen oder mögliche zivilrechtliche Ansprüche zu niedrig sein, hätte das gravierenden Einfluss auf das Ergebnis“, erklärt DSW-Vizepräsident Klaus Nieding, der die Anlegerschützer bereits seit vielen Jahren auf den Aktionärstreffen der Deutschen Bank AG vertritt. Zudem müsse sichergestellt sein, dass die Kontrollmechanismen der Bank mittlerweile so justiert sind, dass eine Wiederholung solcher Fälle unmöglich ist. „Und das würden wir uns doch lieber von einem unabhängigen Sonderprüfer bestätigen lassen als von der Bank selber“, sagt Nieding.

Die Ergebnisse einer solchen Sonderprüfung sollte die Bank den Anteilseignern dann im Vorfeld der Hauptversammlung 2016 zur Verfügung stellen, so der DSW-Plan. Deutsche-Bank-Aktionäre, die den Antrag der DSW auf eine Sonderprüfung unterstützen wollen, können dies noch tun, beispielsweise indem sie ihre Stimmrechte von der DSW vertreten lassen. Betroffene Aktionäre können sich unter der Telefonnummer 0211 / 6697-02 oder per Mail unter dsw@dsw-info.de nach wie vor registrieren lassen.

Riskante Ware aus dem Reich der Mitte

„Big trouble in little China“ – so wie es einst der Filmtitel aus Hollywood ausdrückte, dürften sich aktuell Investoren fühlen, die in Aktien chinesischer Unternehmen an der Deutschen Börse investiert hatten. In den vergangenen Jahren hatten sich am Prime Standard der Deutschen Börse eine ganze Reihe AGs aus dem Reich der Mitte listen lassen. Doch inzwischen gleicht der Kurszettel einer Kraterlandschaft.

Bei immer mehr chinesischen Unternehmen gibt es Ungeheimheiten, die den Kurs massiv abstürzen lassen. Das Schlimmste daran: Die Misere zeigt eine Schwachstelle im System. Weil in Deutschland lediglich eine Art Börsenmantel existiert, haben Anleger anders als bei anderen Unternehmen in vielen Fällen bei China-Aktien keinerlei Handhabe: „Hier gibt

es extreme Risiken, man kann Privatanlegern wirklich nur raten, die Finger davon zu lassen“, so DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

Jüngstes Beispiel ist der chinesische Bad-Armaturen-Hersteller Joyou, der bisher eigentlich eher als Qualitätstitel galt. Nachrichten über Unregelmäßigkeiten bei der Bilanzierung des Unternehmens ließen die Aktie um knapp zwei Drittel abstürzen. Per Adhoc meldete das Unternehmen, dass die Bilanz noch einmal gründlich durchforstet werden müsse, der Aufsichtsrat habe eine „Sonderuntersuchung“ beschlossen. Die beiden Vorstände lassen daher bis auf weiteres ihre Ämter ruhen.

Die Nachricht lässt Aktionäre das Schlimmste befürchten. Sie bangen um ihren gesamten Einsatz. Denn es werden böse Erinnerungen an andere chinesische Unternehmen mit deutscher Börsennotiz geweckt. Zuletzt waren der Schuh-Herstellers Ultrasonic und der Verpackungsspezialist Youbisheng mit wenig belastbaren Bilanzen negativ aufgefallen.



Für die DSW zeigt das einmal mehr, wie risikoreich diese Titel sind. Der Grund: Bei den China-Gesellschaften unterliegt das operative Geschäft und damit auch die vermeintlich werthaltigen Assets weder der unmittelbaren Kontrolle der deutschen Aufsichtsbehörden, noch der Justiz oder der Aktionäre. „Die hierzulande notierten Aktiengesellschaften sind in den meisten Fällen nicht viel mehr als eine Kapitalsammelstelle“, so Tüngler. Ist das Geld über die Plattform der Deutschen Börse erst einmal eingesammelt, wird dieses unmittelbar nach China transferiert, wo das operative Geschäft sitzt.

Auf der Aktivseite der deutschen Aktiengesellschaft wird dann als Gegenposition zum Eigenkapital alleine eine Darlehensforderung gegen die chinesischen Tochter- oder Schwestergesellschaften ausgewiesen. Genau diese Forderung beziehungsweise deren Werthaltigkeit ist aus Deutschland heraus leider nicht mit der notwendigen Sicherheit festzustellen. „Für uns

als DSW ist es, wie auch für andere deutsche Institutionen und Behörden schlichtweg nicht möglich, tieferen Einblick zu erlangen. Das allein stellt ein großes Risiko dar“, so Tüngler.

Anlegerbarometer: Wie Aktionäre investieren

Die Zahlen sind alarmierend. Trotz Börsenhausse und Niedrigzinsphase haben sich deutsche Anleger auch 2014 in der Breite nicht für Aktien erwärmen können – im Gegenteil: Die Zahl der Aktionäre sinkt nach Berechnungen des Deutschen Aktieninstitutes schon im zweiten Jahr in Folge.

2014 trennten sich rund 500.000 Anleger von Aktien oder Anteilen an Aktienfonds. Gerade einmal 8,4 Millionen Menschen sind demnach noch am Aktienmarkt engagiert. „Ich gehe davon aus, dass auch die Hausse der letzten Monate wieder weitgehend unter Ausschluss der deutschen Privatanleger stattgefunden hat“, schlussfolgert Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

Doch wie sieht der typische Aktionär in Deutschland überhaupt aus? Welche Produkte bevorzugt er, wie informiert er sich und wie setzt sich sein Portfolio eigentlich zusammen? Diesen Fragen ist die DSW bereits zum dritten Mal gemeinsam dem ifS (institut for strategic finance) an der FOM Hochschule nachgegangen. „Das Ziel der Untersuchung zum Anlegerbarometer ist es herauszufinden, wie diese wertpapieraffinen Anleger ticken, auf Basis welcher Informationen sie ihre Entscheidungen treffen, wie lange sie in Einzeltiteln engagiert sind und welche Aktien sie besonders schätzen“, so Tüngler. Ein Ergebnis der Untersuchung: Aktionäre sind zumeist sehr langfristig orientiert und bleiben in der Regel optimistisch: Obwohl die Kurse im Jahr 2014 – die Befragung fand im letzten Quartal des vergangenen Jahres statt – mit einem DAX-Plus von gerade einmal rund 3 Prozent nur mäßig zulegen konnten, haben fast 87 Prozent der befragten Anleger ihren Aktienanteil entweder konstant gehalten (33,2 Prozent) oder sogar erhöht (53,5 Prozent). „Wer einmal verstanden hat, wie wichtig die Aktienanlage gerade für den langfristigen Vermögensaufbau und die eigene Altersvorsorge ist, der bleibt dabei und findet immer interessante Investments am Aktienmarkt“, so Tüngler.

Das wird auch beim Blick auf den Anlageerfolg deutlich. Laut eigenen Angaben haben 28,2 Prozent der Befragten mehr als 10 Prozent Zuwachs im eigenen Depot verbuchen können, bei knapp 42,9 Prozent lag die Wertsteigerung immerhin noch zwischen 5 und 10 Prozent. Tatsächlich untermauern die Zahlen auch, wie langfristig Aktionäre anlegen: Bezogen auf Einzeltitel gaben mehr als 80 Prozent der Befragten an, dass sie ihre Invest-

ments über mehrere Jahre halten. Eine Aufgabe der Untersuchung war es zudem herauszufinden, wie wertpapieraffine Privatanleger ihre Entscheidungen treffen und ob Bankberater dabei eine Rolle spielen oder nicht. Mit 94,4 Prozent gab die überwältigende Mehrheit der Befragten an, ihre Entscheidungen selbst zu treffen. Den Bankberater fragen zuvor lediglich 18,4 Prozent. Im Vorjahr hatte der Anteil der Anleger, die ihre Bank in den Investmentprozess einbeziehen, noch bei 22,5 Prozent gelegen.

Als klassische Selbstentscheider war besonders interessant zu erfahren, wie sich denn die Aktionäre informieren. Welche Quellen nutzen sie? Die Antwort fiel recht eindeutig aus: Die informierte Finanzpresse bleibt das wichtigste Informationsmedium für die befragten Aktionäre. 84,1 Prozent gaben an, sich über Zeitungen und Zeitschriften zu informieren, 79,1 Prozent nennen auch das Internet als wichtige Quelle. TV liegt mit 37,2 Prozent auf Platz drei und damit immer noch weit vor dem Bankberater, der nur von 19,8 Prozent der Anleger genannt wird. Die DSW wollte es aber noch genauer wissen und hat gefragt, wie sich die Anleger über die Unternehmen und Aktien informieren, die sie besitzen. Hier sind auch die Presseberichte (80,7 Prozent) vor dem Geschäftsbericht (62,6 Prozent) und dem Besuch der Hauptversammlung (59,3 Prozent) die wichtigsten Quellen. Auch die DSW-eigene HV-Plattform www.hauptversammlung.de, auf der Dokumente und Fakten zur Hauptversammlung der großen deutschen Unternehmen zu finden sind, gehört mit zu den Infoquellen. 9,6 Prozent der Anleger nutzen das Portal.

HAC-Marktkommentar: Das EZB-Kaufprogramm wirkt

Liebe DSW-Mitglieder,

am Rentenmarkt scheinen die Renditen auch in diesem Jahr nur eine Richtung zu kennen: noch tiefer. So hat sich die Zinsstrukturkurve deutscher Bundesanleihen immer weiter nach unten verschoben und sich nochmals verflacht. Die Renditen bei den längeren Laufzeiten fielen also stärker als bei kürzeren. Alle Bundesanleihen mit einer Laufzeit von neun Jahren erbringen nun eine negative nominale Rendite bis zur Fälligkeit. Und der Anteil von europäischen Staatsanleihen mit negativer Rendite wächst rasant und liegt mittlerweile bei über 30 Prozent. Grund für die beispiellose Rekordjagd am Rentenmarkt ist das im März begonnene Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB), das seine Wirkung ganz offensichtlich nicht verfehlt.

Profitiert haben insbesondere sehr langlaufende Staatsanleihen. Dreißigjährige italienische Staatsanleihen stiegen seit Jahresanfang um 24 Prozent. Wahrscheinlich werden sehr langlau-

fende Staatsanleihen auch weiterhin durch die EZB-Maßnahmen profitieren. Anleger sollten sich darüber bewusst sein, dass uns das Umfeld niedriger Renditen vermutlich noch lange beschäftigen dürfte. So rechnet der Kapitalmarkt erst für das Jahr 2019 mit einer Zinserhöhung durch die EZB. Mario Draghi selbst hat das mehrfach angedeutet. Trifft dies zu, sind noch tiefere Renditen nicht auszuschließen. Ein Risiko für den Rentenmarkt stellen Inflationsgefahren dar, die sich aus der konjunkturellen Erholung und der Schwäche des Euro ergeben können. Anleger sollten deshalb den europäischen Aktienmarkt nicht außer acht lassen, die Kurs-Gewinn-Verhältnisse sind attraktiv. Das gilt auch für deutsche Aktien. Im Vergleich mit dem Jahr 2000, als der DAX bei 8000 Punkten stand, ist der DAX-Standard heute von circa 12.000 Punkten geradezu billig: Im Jahr 2000 lag das Kurs-Gewinn-Verhältnis der 30 DAX-Unternehmen bei 27, heute bei 15. Das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Ihr Wolfram Neubrandner
 Geschäftsführer HAC

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

Kanadische Sammelklagen: Weitere Verfahren in Vorbereitung

In Kooperation mit der Kanzlei von Andrew Morganti, US-Rechtsanwalt mit Zulassung für kanadische Gerichte, bietet sich deutschen Aktionären über die DSW die Möglichkeit an Sammelklagen in Kanada teilzunehmen beziehungsweise von bereits erzielten Vergleichen zu profitieren. Nun befinden sich weitere Verfahren in Vorbereitung, denen sich betroffene Anleger aus Deutschland anschließen können.

Hierbei handelt es sich um die Einzelhandelskette Tesco sowie den Öl- und Gasförderer Ithaca Energy, deren Aktien auch an der Börse Frankfurt gehandelt werden. Die Anspruchsgrundlage für etwaige Schadenersatzzahlungen ist die Veröffentlichung irreführender Darstellungen seitens der Emittenten. Wichtigste Voraussetzung für eine Beteiligung an den Klageverfahren ist der Erwerb der Aktien in der sog. Class Period. Im Falle von Tesco ist der relevante Zeitraum der 18. April 2012 bis 22. Oktober 2014, bei Ithaca Energy der 14. August 2014 bis 25. Februar 2015.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen
 Frederik Beckendorff zur Verfügung

Sie erreichen Herrn Beckendorff unter:
 Tel. (0211) 66 97 38

E-Mail: frederik.beckendorff@dsw-info.de

Mittelstandsanleihen-Monitor

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein Markt für Unternehmensanleihen von in erster Linie mittelständischen Emittenten entwickelt. Die Börsen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart haben eigene Segmente etabliert, in denen diese, in aller Regel hochverzinslichen sogenannten Mittelstandsanleihen gelistet sind.

Als Stütze der Wirtschaft ist der deutsche Mittelstand weiterhin sehr stark und hat einen erheblichen Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt, wie auch den Arbeitsmarkt in Deutschland. Die Stärke der mittelständischen Unternehmen muss jedoch nicht bedeuten, dass ein Investment in eine solche Anleihe sich als sichere und damit vor allen Dingen erfolgreiche Anlageform entwickelt. Im Gegenteil, ein wirklich solide aufgestellter Mittelständler wird in der Regel kaum Probleme damit haben, eine deutlich preiswerte Finanzierungsform zu realisieren. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass vor allem solche Unternehmen bereit sind Mittelstandsanleihen zu emittieren, die sich bereits in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden. Entsprechend hoch ist die Ausfallrate, die bei rund 15 Prozent liegt. In unserer Rubrik „Mittelstandsanleihen-Monitor“ informieren wir über aktuelle Probleme bei ausgewählten Mittelstandsanleihen. Daneben finden Sie unter „[Checkliste Mittelstandsanleihen](#)“ eine Übersicht mit den wesentlichen Aspekten, die Privatinvestoren bei einem Investment in Mittelstandsanleihen beachten sollten.

Insolvenz der FFK Environment

Hunderte Gläubiger fragen sich, wie und ob es mit der FFK weitergeht und ob sie jemals wieder Geld sehen. Der Insolvenzverwalter und die Gläubigervertreterin Daniela Bergdolt, Vizepräsidentin der DSW, hatten zunächst zu prüfen, ob die FFK rechtzeitig Insolvenz angemeldet hatte. Nach den Feststellungen einer betrauten Unternehmensberatung ist die anfechtungsrechtlich relevante Zahlungsunfähigkeit erst zum Zeitpunkt kurz vor Antragstellung eingetreten. Dies ergibt sich aus der Auswertung des Zahlungsverkehrs aber auch aus den Forderungsmeldungen von 412 Gläubigern mit Gesamtforderungen in einer Größenordnung von 57.634.005,09 Euro. Die hieraus abgeleitete Liquiditätsbilanz führt zu dem Ergebnis, dass bis September 2013 keine Zahlungsunfähigkeit festgestellt werden kann.

Noch nicht abschließend geprüft ist der Zeitpunkt des Eintritts der Überschuldung. Die Überschuldung ist relevanter Anknüpfungspunkt für Schadenersatz- und Erstattungsan-

sprüche gegen die Organe unter dem Gesichtspunkt der Insolvenzsverschleppungshaftung beziehungsweise der Vornahme unzulässiger Auszahlungen.



Ansprüche gegen die Organe bestehen aber unter anderen Gesichtspunkten. Diese sind jedoch von den Gläubigern individuell zu verfolgen und fallen nicht unter die Gläubigervertretung. Möglicherweise sind die Ansprüche über eine D & O Versicherung zugunsten der Organe gedeckt. Tätigwerden können die Anleger aber erst, wenn die Ansprüche bezifferbar sind. Sie sollten jedoch rechtzeitig Kontakt zu einem Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht aufnehmen.

In einer weiteren Sitzung des Gläubigerausschusses werden sich der Insolvenzverwalter und DSW-Vizepräsidentin Daniela Bergdolt mit möglichen Ansprüchen der Anleihegläubiger befassen. Hier wird es um die Frage gehen, ob sich bei Begebung der Anleihe die spätere Krise bereits abzeichnete und ob die Schuldnerin ihrer Verpflichtungen zur vollständigen und wahrheitsgetreuen Informationen gegenüber den Anleihegläubigern gerecht geworden ist.

Den Schaden, den die Anleihegläubiger erlitten haben, wenn sie durch fehlerhafte und vollständige Informationen zur Zeichnung veranlasst wurden, schlägt sich im Insolvenzverfahren durch entsprechende Forderungsmeldungen nieder und schmälert damit die Quote. Im Vordergrund steht der Individualschaden, dieser setzt aber den Nachweis sachlich falscher Informationen in Prospekt beziehungsweise in den nachfolgenden Ratings voraus.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Daniela Bergdolt zur Verfügung. Frau Bergdolt ist Vizepräsidentin der DSW.

Sie erreichen Frau Bergdolt unter:
 Tel.: (089) 386654-30
www.ra-bergdolt.de

Daniela Bergdolt: Rede auf der Hauptversammlung der Münchener Rück AG

2014 war wieder einmal ein hervorragendes Jahr der Münchener Rück. Wir Aktionäre können höchst zufrieden sein. Die Dividende wird erhöht, der Kurs steigt auf ungeahnte Höhen. Über 33 Prozent Kursanstieg seit dem letzten Jahr sind sehr beachtlich.

Den Aktionären gefällt an der Dividendenerhöhung natürlich ganz besonders, dass diese kein einmaliger Hype, sondern Ihrer Aussage nach nachhaltig auch in Zukunft gezahlt werden soll. Sie wollen die Dividende also mindestens auf dieser Höhe halten. Wie soll das gehen? Immerhin ist die Schwankungsrückstellung jetzt auf über neun Milliarden Euro angestiegen. Dies hilft zwar in schlechten Zeiten, aber in guten Jahren müssen Sie diese wohl immer weiter dotieren. Ist hier endlich einmal ein Ende der Fahnenstange zu sehen oder wächst die Schwankungsrückstellung weiter, möglicherweise sogar über zehn Milliarden Euro?

Mit den bereits durchgeführten und für die Zukunft auch geplanten Aktienrückkäufen stützen Sie und nähren Sie natürlich den Kursanstieg. Dies alles ist sicher erfreulich für den Aktionär. Auf der anderen Seite müssen Sie die hohen Gewinne und Ergebnisse dazu nutzen, dass Sie die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens stärken. Das heißt also, Sie müssen innovativ sein, damit die Munich Re auch in 15 Jahren noch die finanzkräftigste und kompetenteste Rückversicherung der Welt ist. Sie brauchen also auch unternehmerische Ideen, die Sie in die Zukunft tragen werden, wenn zum Beispiel das Rückversicherungsgeschäft, so wie Sie ankündigen, weiter zurückgehen wird.

Wo wird das weitere Wachstum herkommen? Wie halten Sie Schritt mit der Technologie Ihrer Kunden? Wie können Sie in Ihr Überleben investieren? Wie begegnen Sie zum Beispiel der Vernetzung der Produkte und der Produktionsketten? Wie begegnen Sie der Digitalisierung der Welt? Welche Lösungen bieten Sie an?

Der Preiskampf im Versicherungsgeschäft tobt immer noch. In der neuen Runde am 01. Januar war der Druck ja schon immens. Sie haben 1,3 Prozent der Marge verloren. Wie sah und sieht die Runde jetzt im April aus?

Wie können Sie – wie gesagt – dem Preisdruck und dem Konkurrenzkampf begegnen? Wo liegt die Lösung – in maßgeschneiderten Konzepten, in Nischen – aber sind diese Nischen überhaupt so groß, dass Sie die Verluste auf der Main Road ausgleichen können?

Die gesamte Rede von Frau Bergdolt finden Sie [hier](#).

Klaus Nieding: Rede auf der Hauptversammlung der Commerzbank AG

Betrachtet man die uns vorgelegten Zahlen des Geschäftsjahres 2014, kann man auf den ersten Blick eigentlich ganz zufrieden sein. Ohne die 1,2 Milliarden Euro an Strafe wegen unsauberer Iran-Geschäfte und Geldwäsche hätten wir ganz ordentlich da gestanden. Und an diesem Punkte, Herr Blessing, muss ich Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen zu geben, dass die Restrukturierung der Bank langsam aber sicher zu greifen beginnt. Die Nummer 2 der deutschen Banken erholt sich zusehends von den hinter uns liegenden sieben Horrorjahren.

Vergleicht man aber unsere Zahlen mit denen der Nummer 1 der deutschen Banken, dann wird deutlich, wie groß immer noch der Abstand zwischen Commerzbank und Deutscher Bank ist: Wo bei uns ein Konzernergebnis von 264 Millionen Euro ein Grund zum Jubeln ist, beklagt die Deutsche Bank ein solches von 1,7 Milliarden Euro und wo wir operative Erträge von 684 Millionen Euro verzeichnen, weist die Deutsche Bank Erträge von insgesamt rund 31 Milliarden Euro aus. Dieser Vergleich zeigt eindrucksvoll, wie sehr die letzten sieben Jahre unserer Bank zugesetzt haben, wie sehr sie uns im Vergleich zum Wettbewerb aufgehalten, ja zurückgeworfen haben.



Immerhin ist es Ihnen, sehr geehrter Herr Blessing, gelungen, wenigstens in einer Disziplin unangefochten den ersten Platz in Deutschland einzunehmen: Sie sind der bislang ungekrönte König der Anteilsverwässerung. Neun Kapitalerhöhungen, im Wesentlichen ohne Bezugsrecht für die Altaktionäre, haben nicht nur zu einer inflationären Flut von Aktien

geführt, sondern auch unseren Kurs in den Bereich von Penny Stocks hinein atomisiert.

Nur durch die „Schönheitsoperation“ des seinerzeitigen Kapitalschnitts konnten Sie mit dem Kurs wenigstens im zweistelligen EUR-Bereich bleiben. Allerdings wirkt dieser zweistellige Euro-Aktienkurs ebenso künstlich, wie der Busen von Carmen Geiss.

Die gesamte Rede von Herrn Nieding finden Sie [hier](#).

Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Rational AG

Die Entwicklung 2014 war geprägt von einem achtprozentigen Umsatzzuwachs — nach einem verhaltenen Start stiegen dabei die Umsatzerlöse von Quartal zu Quartal deutlich und erfreulicherweise stieg der Jahresüberschuss sogar überproportional an. Getragen wurde diese positive Entwicklung primär von dem sehr erfolgreichen Europa-Geschäft. Die EBIT-Marge von 29 Prozent lag leicht über der Prognose. Es gibt in Deutschland wohl kein börsennotiertes Unternehmen, das eine solche Umsatzrendite erwirtschaftet. Natürlich hat zu dem guten Ergebnis auch die günstige Wechselkursituation beigetragen, von der alle exportorientierten Unternehmen hierzulande profitiert haben.

Der Aktienkurs von Rational hat sich 2014 sehr volatil gezeigt. Per Saldo entsprach der Anstieg von 8 Prozent in etwa der Entwicklung des S-DAX. Umso erfreulicher ist für uns Aktionäre die Entwicklung im Jahr 2015, wo bisher ein Anstieg um circa 25 Prozent zu verzeichnen ist.

Trotz der hohen Bewertung mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von gut 30 und einer Marktkapitalisierung von deutlich über drei Milliarden Euro (was dem Sechsfachen des Jahresumsatzes entspricht!) braucht dem langfristig orientierten Aktionär nicht bange zu werden, da die solide Geschäftspolitik, die immensen Marktchancen und die weltweit unangefochtene Sonderstellung des Unternehmens für eine weiterhin überdurchschnittliche Kursentwicklung spricht.

Etwas schade ist, dass die Börsenumsätze bei Rational stark rückläufig sind; gegenüber dem Jahr 2007 haben sie sich mehr als halbiert. Man sollte sich seitens der Unternehmensleitung noch mehr bemühen, die Aktie bekannt und populär zu machen, was ja grundsätzlich gut zu vermitteln ist.

Fragen an die Geschäftsleitung:

- Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass der Aufsichtsrat über das künftige Produktportfolio sowie über die Vertriebs-

und Marketingstrategie beraten hat. Welche Veränderungen/Neuerungen werden sich in diesen Bereichen ergeben?

- Es sind für heuer Investitionen von 19 Millionen Euro geplant. Um was handelt es sich konkret?

- Der Aufwand für Forschung und Entwicklung betrug 2014 19,1 Millionen Euro. Wie setzt sich diese Summe zusammen? Aktivierungen?

- Im Geschäftsbericht wird ausgeführt, dass die USA als besonders wichtiger Zukunftsmarkt angesehen wird; warum ist dann gerade dort ein Umsatzminus zu verzeichnen und was soll getan werden, um dort künftig erfolgreicher zu sein?

- Laut Geschäftsbericht gibt es derzeit in 19 Ländern Auslandsniederlassungen. Wie ist hier die weitere Planung?

- Die liquiden Mittel sind von 2011 bis 2014 um gut 100 Millionen Euro auf jetzt 225 Millionen Euro angestiegen, was über 50 Prozent an der Bilanzsumme entspricht. Dieser mit Abstand größte Vermögenswert des Unternehmens wirft keinen Ertrag mehr ab. Wie sieht hier die Mittelfristplanung aus?

Positiv empfinde ich den auf S. 56 dargestellten Prognose-Ist-Vergleich, der zeigt, dass die vorsichtigen Prognosen des Vorjahres leicht übertroffen wurde. Für dieses Jahr sagen Sie eine EBIT-Marge von 26-28 Prozent voraus. Angesichts der sich weiterhin günstig entwickelnden Währungsrelationen erscheint mir das zu vorsichtig! Wie war die Marge im 1. Quartal?

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Singulus Technologies AG kündigt Debt to Equity Swap an

Die Probleme der Singulus Technologies AG werden offenbar immer dramatischer. Das abgelaufene Geschäftsjahr hatte dem Unternehmen einen massiven Verlust in Höhe von 51,6 Millionen Euro beschert. Auch die Höhe der jährlichen Zinsverbindlichkeiten auf die Anleihe machen Singulus zu schaffen.

Nun hat die Gesellschaft per Adhoc-Mitteilung verkündet, dass die Kapitalstruktur neu geordnet werden soll, um die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Dazu soll die Eigenkapitalbasis gestärkt und das Fremdkapital reduziert werden. „Im Klartext bedeutet das: Die Gesellschaft plant die Herabsetzung des Grundkapitals und in der Folge einen sogenannten Debt to Equity Swap – also den Umtausch von Anleihen in Aktien.“

Das kann nur dann ein gangbarer Weg sein, wenn die Parameter stimmen“, erklärt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, der als Vertreter der Anlegerschutzvereinigung bereits seit etlichen Jahren die Hauptversammlung der Singulus Technologies AG besucht. „Betroffene Anleihegläubiger sollten sich jetzt formieren“, sagt Nieding. „Es geht darum, sicher zu stellen, dass alle Gläubigergruppen gleich behandelt werden. Der Debt to Equity Swap muss so ausgestaltet sein, dass die Restrukturierung nicht vorwiegend auf dem Rücken der Anleihegläubiger ausgetragen wird. Dabei sollte angemessen berücksichtigen werden, dass die Anleihegläubiger ihre ‚Gläubigerstellung‘ verlieren werden“, so Nieding. Das Unternehmen müsse die Anleihegläubiger nun davon überzeugen, dass das Unternehmen gestärkt aus einer solchen Maßnahme hervorgehe und eine entsprechend positive Prognose für die künftige Geschäftsentwicklung bestehe. „Andernfalls werden die Anleihegläubiger ihre Gläubigerrolle nicht leichtfertig auf’s Spiel setzen“, ist Nieding überzeugt.

Die Gesellschaft will bereits auf ihrer Hauptversammlung im Juni die Aktionäre über das Restrukturierungskonzept abstimmen lassen. „Umso wichtiger ist es, dass die Anleihegläubiger zeitnah mit am Tisch sitzen. Nur durch eine solche baldige Interessenbündelung können die Anleihegläubiger als Gläubigergruppe sinnvoll über die Details der Restrukturierung mitverhandeln und eine Wahrung ihrer Interessen im Rahmen der geplanten Restrukturierung der Anleihe durchsetzen“, sagt Nieding.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Nachrichtenslage für BWF-Anleger wird immer schlechter

Für Anleger, die ihr Geld dem Goldhändler „BWF-Stiftung“ anvertraut hatten, werden die Nachrichten immer schlimmer. Inzwischen scheint sich der Verdacht zu erhärten, dass das zur Befriedigung der Forderungen zur Verfügung stehende (Gold-)Vermögen tatsächlich weit geringer ist, als ursprünglich angenommen.

Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Bund Deutscher Treuhandstiftungen e.V. wurde beim Amtsgericht Charlottenburg beantragt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern an. „Vor diesem Hintergrund soll-

ten sich Anleger nicht nur auf die Verfolgung ihrer Ansprüche im Insolvenzverfahren beschränken, sondern auch Ansprüche gegen weitere Verantwortliche mit ‚tiefen Taschen‘ prüfen lassen“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW.



Im Visier hat Nieding insbesondere Berater: „Die BaFin hat klare Worte gefunden und den Ankauf von Gold mit einer Rückkaufverpflichtung zu einem festen Rückkaufspreis als verbotenes Einlagengeschäft deklariert. Insoweit sollten betroffene Anleger prüfen, ob sie zutreffend beraten wurden. Dass es sich um ein nach Paragraph 32 Kreditwesengesetz erlaubnispflichtiges Einlagegeschäft handelt, hätten auch Vermittler oder andere Beteiligte unter Umständen erkennen müssen“, ist Nieding überzeugt.

Das Amtsgericht Charlottenburg hatte mit Beschluss vom 27. März 2015 dem „Bund Deutscher Treuhandstiftungen e.V.“ ein allgemeines Verfügungsverbot über das Vermögen auferlegt. Mit Beschluss vom 30. März 2015 bestellte das Amtsgericht Christian Graf Brockdorff zum vorläufigen Insolvenzverwalter. Die BWF Berliner Wirtschafts- und Finanzstiftung ist eine unselbstständige Stiftung in Trägerschaft des Bund Deutscher Treuhandstiftungen e.V., die selbst nicht rechtsfähig ist. Daher konnte über das Vermögen der BWF Stiftung kein eigenständiges Insolvenzverfahren eröffnet werden.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Deutsche Wirtschaft weiterhin Europas Zugpferd

Europas Wirtschaft entwickelt sich positiver als gedacht, Deutschland bleibt Konjunkturmotor und Griechenland fällt weiter zurück. Wichtige Wirtschaftsindikatoren dies- und jenseits des Atlantik zeichnen derweil ein durchwachsendes Bild. Die Stimmung in Bezug auf die Zukunft ist verhalten.

Gute Nachrichten für die deutsche Wirtschaft kamen jüngst aus Brüssel. Dort gab die EU-Kommission ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr bekannt. Demnach wird Deutschlands BIP um 1,9 Prozent wachsen, was 0,4 Prozent mehr sind als zunächst vorhergesagt. Das Wachstum wird dabei vor allem vom privaten Konsum befeuert. Der derzeit schwache Euro stärkt zusätzlich Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und stützt den Export. Auch der Arbeitsmarkt entwickelt sich hierzulande in die richtige Richtung: Die Zahl der Arbeitslosen ging im April um 89.000 auf aktuell 2,843 Millionen zurück. Das entspricht einer Quote von 6,5 Prozent.

Positives auch von der April-Umfrage des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) unter 238 Analysten, Volkswirten und Anlegern. Demnach wird die gegenwärtige gesamtwirtschaftliche Verfassung in Deutschland so positiv beurteilt wie schon seit Mitte 2011 nicht mehr. Einzig der Blick in die Zukunft ist leicht eingetrübt. Erstmals seit Oktober sank der Index gegenüber dem Vormonat in Bezug auf die wirtschaftliche Einschätzung in sechs Monaten. Derweil entwickelte sich der Ifo-Geschäftsklimaindex überraschend gut und stieg im April von 107,9 auf 108,4 Punkte. Die befragten Unternehmen bewerteten ihre Geschäftslage so gut wie seit 2014 nicht mehr.

Eurozone entwickelt sich positiver als gedacht

Für die Eurozone hob die Kommission ihre Prognose um 0,2 auf 1,5 Prozent an. Einzig Griechenland bereitet weiterhin

Sorgen. Für die Hellenen korrigierte die Kommission ihre Prognose nach unten, von zuletzt 2,5 auf nun 0,5 Prozent. Die Griechenlandkrise wird Europas Wirtschaft also auch weiterhin beschäftigen. Dazu passt, dass sich das Wirtschaftsvertrauen im Euroraum laut Economic Sentiment der EU-Kommission leicht eingetrübt hat. Der Index sank im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Punkte auf nun 103,7 Zähler.

Abseits von Europa wachsen die Sorgen

Während sich die Wirtschaft in Europa insgesamt überraschend positiv entwickelt, zeigt ein Blick über den Atlantik eine Abkühlung der Konjunktur. Das Wachstum der US-Wirtschaft fiel im ersten Quartal 2015 mit gerade einmal 0,2 Prozent um 0,8 Prozentpunkte niedriger aus als von Experten erwartet. Die Gründe dafür liegen im unerwartet strengen Winter und dem erstarkten US-Dollar, der der amerikanischen Exportwirtschaft zu schaffen macht. Das zeigt sich vor allem beim US-Handelsbilanzdefizit, das im März massiv von 35,9 auf 51,4 Milliarden US-Dollar gestiegen ist.

Auch der private Konsum in den USA entwickelt sich schwächer als gedacht. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ging der Anstieg der Verbraucherausgaben um 2,5 auf 1,9 Prozent zurück. Auch die Stimmung der Konsumenten hat sich im April überraschend stark eingetrübt. Der Verbrauchertrustindex fiel um 6,2 auf 95,2 Punkte. Derweil stagniert der US-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe bei 51,5 Punkten, was auf eine geringe konjunkturelle Dynamik hindeutet. Ob die US-Notenbank daher zeitnah den Leitzins anheben wird, bleibt abzuwarten.

Die Unternehmen in der weltweit drittgrößten Volkswirtschaft Japan profitieren derzeit vom günstigen Yen, der Exporte begünstigt. Das Land kämpft jedoch gegen eine anhaltende Konsumflaute der Verbraucher, die das Potenzial hat, die positiven Effekte aus der Exportwirtschaft zu egalieren. Nicht hilfreich in diesem Zusammenhang sind die Zahlen aus der japanischen Industrieproduktion. Sie ging im März erneut zurück.



DAX auf Abwegen

Der DAX geriet zuletzt kräftig unter Druck. Der Ölpreis kann sich etwas stabilisieren. Auch der Euro gewinnt wieder an Wert. Gold und Silber werden jedoch erneut billiger.

Was für ein turbulenter Monat. Hatte der heimische Leitindex im letzten Monat noch einen Rekord nach dem nächsten gebrochen, halten sich die erfreulichen Nachrichten in den vergangenen vier Wochen in Grenzen. So hat der DAX auf Sicht der vergangenen vier Wochen fast 7 Prozent verloren. Damit rangiert er aktuell nur noch bei 11.360 Punkten. Sein letztes Allzeithoch von mehr als 12.000 Punkten ist damit wieder in weite Ferne gerückt. Auch seinen kleinen Brüdern ist es nicht besser gegangen: Der M-DAX hat mehr als 4 und der S-DAX fast 2 Prozent an Wert eingebüßt. Der EuroStoxx 50 ist ebenfalls unter Druck geraten; um fast 6 Prozent ging das europäische Aktienmarktbarometer auf Monatssicht in die Knie.

Mut machen hingegen andere Zahlen. So ist das Wirtschaftsklima in der Euro-Zone laut der aktuellen Umfrage des Münchner Ifo-Instituts so gut wie seit fast acht Jahren nicht mehr und könnte heimischen und europäischen Börsenbarometern bald wieder etwas Aufwind verschaffen. Zudem hat die EU-Kommission auch die Wirtschaftsprognose für 2015 von 1,3 auf 1,5 Prozent angehoben.

Bund Future sinkt

Auf dem Anleihenmarkt haben sich diese Zahlen bereits ausgewirkt und etliche Investoren dazu veranlasst, sich von ihren Papieren zu trennen. Der richtungweisende Bund Future hat daher seinen Rekordstand von rund 160 Punkten wieder verlassen und sich aktuell bei knapp 154 Punkten eingependelt. Anleihe-Experten vermuten hinter dieser Trendumkehr eine Reihe von Faktoren: So nähren die besseren Wirtschaftsdaten in der Euro-Zone und die schwindenden Deflationsorgen Spekulationen, dass die Europäische

Zentralbank das im März gestartete Anleihen-Kaufprogramm etwas reduzieren könnte. Bis September 2016 wollten die Währungshüter eigentlich Wertpapiere im Umfang von rund 1,14 Billionen Euro kaufen, um somit die Konjunktur und die Inflation im Euroraum anzukurbeln.

Dow Jones gewinnt leicht hinzu

Auf der anderen Seite des Atlantiks konnten sich die Börsenkurse auf Monatssicht zumindest etwas in Plus halten. Der Dow Jones und der S&P 500 haben mit 0,3 Prozent beziehungsweise 0,4 Prozent leicht hinzugewonnen. Und dies, obwohl der starke US-Dollar vor allem exportorientierten US-Unternehmen zu schaffen machen dürfte.

Allerdings scheint auch in diesem Punkt eine kleine Trendwende in Sicht. So konnte sich die europäische Gemeinschaftswährung gegenüber dem US-Dollar im letzten Monat wieder etwas behaupten; fast 2 Prozent wertete der Euro zum Dollar auf. Auf Sechs-Monatssicht hat der Euro im Vergleich zum Greenback dennoch mehr als 10 Prozent an Wert eingebüßt.

Öl verteuert sich wieder

Der Ölpreis konnte sich indes weiter stabilisieren. So ist der Preis für ein Barrel Rohöl der Nordseesorte Brent innerhalb des letzten Monats um gut 13 Prozent gestiegen und kostet aktuell knapp 69 US-Dollar. Zwar lag der Ölpreis vor gut einem Jahr bei mehr als 120 US-Dollar, dennoch hat er seinen Tiefstand von unter 50 US-Dollar damit wieder eindeutig hinter sich gelassen.

Goldanleger dürften jedoch weiterhin frustriert sein. Eine Feinunze des gelben Metalls hat in den letzten vier Wochen weitere 2 Prozent an Wert eingebüßt. Noch schlechter sieht es beim Silberpreis aus, der sich um fast 5 Prozent verbilligt hat. Innerhalb der letzten drei Jahre haben Gold und Silber damit um 25 beziehungsweise 39 Prozent an Wert verloren.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

➤ Veranstaltungsübersicht



Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
18. Mai	Frankfurt
19. Mai	Bonn
21. Mai	Leipzig
27. Mai	Düsseldorf
28. Mai	Bonn

Terminverschiebungen sind grundsätzlich möglich. Bitte besuchen Sie daher unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden sich an seminare@dsw-info.de. Dort finden Sie weitere Termine und können sich auch für obige Aktienforen anmelden. Die Teilnahme an den Aktienforen ist kostenlos.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 5: © eyetronic - Fotolia.com;
 Seite 7: © th-photo - Fotolia.com; Seite 8: © Commerzbank; Seite 10:
 © Arsel - Fotolia.com; Seite 1-10 & 13: © H-J Paulsen - Fotolia.com;
 Seite 11 © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 12: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 13 © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.



Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:
DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de

ab sofort: große DSW-Aktion

Jetzt

DSW-Mitglied werden

inklusive **FOCUS-MONEY**

erst ab 2016 zahlen